

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postcheckkonto: Frankfurt am Main 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 117, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a.M., den 23. Juni 1949

Seite 1

"Blut will zu Blut!"

SPD-Machthaber im SED-Gewand.

SPD

Wer die Reden Dr. Schumachers und anderer sozialdemokratischer Parteiführer verfolgt, hört immer wieder von der Unterdrückung, der die SPD in der sowjetischen Besatzungszone ausgesetzt ist. Gewiss, die SPD ist dort verboten, und zahlreiche ehrliche Sozialdemokraten schmachten im Konzentrationslager. Es ist aber eine ebenso unbestreitbare Tatsache, dass sich ein beträchtlicher Teil jener, die heute dort den offiziellen SED-Terror ausüben, aus ehemaligen führenden SPD-Funktionären zusammensetzt.

Die Liste dieser einstigen Schumacherleute beginnt mit dem klingenden Namen Grotewohl. Er und Max Fechner gehören dem Zentralkomitee der SED an. Fechner ist auch Präsident der Justizverwaltung. Erich Gniffke als früheres Vorstandsmitglied der SPD wird man nicht vergessen dürfen. Friedrich Ebert ist Präsident des Magistrats für Ostberlin und war Landtagspräsident in Brandenburg, Josef Orlopp ist Präsident der Hauptverwaltung für Interzonen- und Aussenhandel in der DWK, und Generaldirektor Willi Kreikemeyer hat anlässlich des Berliner Eisenbahnerstreiks eine solche "Berühmtheit" erlangt, dass sich jeder weitere Kommentar erübrigt. Den Reigen vervollständigen massgebliche Führer des kommunistischen FDGB: Hermann Schlimme, Bernhard Göring, Helmut Lehmann, Karl Litke und Walter Maschke. Sie alle waren einst Funktionäre der SPD und zählen heute zu den massgebenden SEDisten.

In der sowjetischen Besatzungszone gibt es aber auch noch eine ganz beträchtliche Anzahl ehemaliger oder noch amtierender Minister und Landtagspräsidenten aus den Reihen der SPD, so Ministerpräsident Karl Steinhoff in Brandenburg, Ministerpräsident Wilhelm Höcker in Mecklenburg, Robert Sievert, stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister von Sachsen-Anhalt, der verstorbene Ministerpräsident von Sachsen Dr. Friedrichs, Alterspräsident des Brandenburgischen Landtages Georg Schöpflin, Präsident des sächsischen Landtages Otto Buchwitz, Landwirtschaftsminister von Mecklenburg Bernhard Quandt, Wirtschaftsminister von Thüringen Willi Hüttenrauch, Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt Willi Dieker.

Als Wilhelm Pieck am 3. Januar 1946 seinen 70. Geburtstag feierte, ergriff Otto Grotewohl mit grosser Geste Piecks Rechte, wobei er pathetisch ausrief: "Blut will zu Blut!" Vielleicht war er sich dabei gar nicht bewusst, wie sehr er der Wahrheit Zeugnis gab! Tatsache aber ist, dass heute ein guter Teil des SED-Terrors von Leuten ausgeübt oder gedeckt wird, die ihrer Vergangenheit nach eigentlich Dr. Schumacher weit näher stehen müssten als Herr Pieck.

Im übrigen weiss vielleicht Dr. Schumacher über die Dinge zwischen Elbe und Oder-Neisse nicht ganz verlässlich Bescheid, denn er hat diese Zone ja nur - von aussen kennengelernt. Er könnte sich jedoch bei anderen

deutschen Politikern, die mitten im Kampfgebiet ihren Mann standen -- etwa bei Jakob Kaiser - sichere Auskunft verschaffen.

Aktive JUNGE UNION

JUNGE UNION

Deutschland-Kongress am 3. Juli in Oberhausen.

Die Landesvorsitzende der JUNGEN UNION traten am 20./21. Juni in Königswinter zu einer Arbeitstagung zusammen, die hauptsächlich der Vorbereitung der kommenden Bundeswahlen gewidmet war. Im Hinblick darauf, dass gerade die junge Generation eine echte Beziehung zum künftigen Staat finden muss, wurde nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, dass möglichst viele Kandidaten der JUNGEN UNION von der CDU für den Bundestag herausgestellt werden. Gerade die JUNGE UNION als die aktive Arbeitsgemeinschaft junger christlich gesinnter politischer Kräfte verfügt dank ihrer bisherigen intensiven Arbeit in vielen Landesverbänden über geeignete Kandidaten aus allen Ständen unseres Volkes. Es wurde beschlossen, diese Gesichtspunkte den einzelnen Landesverbänden der CDU in Deutschland nochmals besonders nahe zu bringen.

Aus der Besprechung der organisatorischen Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen ergab sich, dass die JUNGE UNION sich im kommenden Wahlkampf stärkstens einsetzen und auf breiter Front ihre politischen Bewährungsprobe ablegen wird. Als Auftakt für die Wahl wird die JUNGE UNION am 3. Juli in Oberhausen (Rhld.) einen Deutschland-Kongress abhalten, der unter dem Gesichtspunkt "Unsere Aufgabe: Deutschland" sich besonders mit dem Wollen der JUNGEN UNION auf den Gebieten der Sozial- und Staatspolitik befassen wird. Die Zusammenkunft in Königswinter gab deutlich zu erkennen, dass in der JUNGEN UNION Deutschlands starke innere Kräfte vorhanden sind, die zur Überwindung mancher noch bestehenden Übergangsformen in Richtung auf eine stabilere politische Arbeit auf Bundesebene drängen. Es steht zu erwarten, dass der bevorstehende Deutschland-Kongress der JUNGEN UNION einen neuen Abschnitt in ihrer Entwicklung einleiten wird.

Bei der Tagung wurde das Auseinanderfallen des Volkes in zwei Lager als Folge der Entnazifizierung schmerzlich bedauert. Die für die Politik der JUNGEN UNION verantwortlichen Persönlichkeiten fordern einmütig die Beseitigung aller abwegigen und überholten Massnahmen und die Beschränkung aller Strafen auf wirklich schwere Fälle. Der Aufbau der kommenden Bundesrepublik setzt eine auf der Gleichheit aller Bürger aufgebaute Gemeinschaft des Volkes voraus. Die JUNGE UNION fordert von den verantwortlichen Staatsmännern, dass diese nachdrücklich angestrebt und verwirklicht wird.

CDU Nordrhein-Westfalen protestiert

Aus der Union

Der Landesvorstand der CDU Nordrhein-Westfalen befasste sich auf einer Sitzung in Bonn mit der Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag. Man wird sich darüber einig, dass die Landtagsfraktion nicht durch die Aufstellung von Landtagsabgeordneten für die Bundeslisten geschwächt werden soll. Gegen die von Innenminister Menzel (SPD) aufgestellte Wahlkreisordnung soll Einspruch erhoben werden, da diese Ordnung zugunsten der SPD beeinflusst worden sei.

Adenauer kandidiert in Bonn

Aus der Union

Bonner CDU-Kreise sind darüber unterrichtet worden, dass Dr. Konrad

Adenauer sich dafür entschieden hat, für die Wahl zum Bundestag im Wahlkreis Bonn Stadt und Land zu kandidieren. Dem CDU-Vorsitzenden war die Kandidatur ausserdem in Stadtkreis Köln und im Sieg-Kreis angeboten worden. Man erwartet, dass sich Oberdirektor Dr. Pünder in einem der zwei Wahlkreise von Köln und Jakob Kaiser in Essen aufstellen lassen. Wirtschaftsdirektor Prof. Erhard, der für die CDU kandidieren wird, hat sich noch nicht für einen Wahlkreis entschieden.

Planwirtschaft oder Marktwirtschaft?

Berlin

Der mit der Aufhebung der Blockade Berlins von der SPD eingeleitete Kampf um die Durchführung planwirtschaftlicher Zielsetzungen in Gross-Berlin neigt sich dem Ende zu. Die CDU hat sich in diesen Auseinandersetzungen nachdrücklich für die soziale Marktwirtschaft eingesetzt, und die Privatwirtschaft verlangte stürmisch nach den gleichen Wirtschaftsmethoden, die sich im Westen bewährt haben. Der Besuch von Prof. Dr. Erhard in Berlin bedeutet einen Wendepunkt in diesen Auseinandersetzungen insofern, als die von Westdeutschland bereitgestellten Kredite künftig nicht mehr in erster Linie zum Ausgleich des städtischen Haushaltsplanes gegeben, sondern über die Bankunternehmen direkt der Wirtschaft zugeleitet werden. In einer Mitarbeiterkonferenz der Westberliner CDU liess Prof. Erhard keinen Zweifel darüber, dass es an der Zeit sei, die verfügbaren Gelder in der Produktion anzulegen. Er betonte: "Wir werden die Milliarde, die wir nur einmal ausgeben können, in Zukunft weniger über den Magistrat als über die Bankunternehmen der Wirtschaft leiten." Es dürfe nie wieder dazu kommen, dass der ehrliche Verdienner den Segen des Schalterbeamten brauche, um zu seinen Gütern zu kommen.

=====
Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastrasse 64
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US-W-2065
Gedruckt in der Redaktion DUD Frankfurt a.M., VI/49/600
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
=====